



HESSISCHER LANDTAG

19. 11. 2019

INA

Berichts Antrag

Hermann Schaus (DIE LINKE) und Fraktion

Durch Innenministerium geförderte Schulkampagne „Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule“ durch FDP-nahes Medienunternehmen

Spätestens seit dem Mord an Walter Lübcke sind massive massenhafte Drohungen durch die extreme Rechte und rechter, rassistischer und antisemitischer Terror auch in Hessen bestimmendes Thema der Sicherheitsdebatte. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat laut eigener Darstellungen und entgegen seiner bisherigen Praxis die Bedrohung durch die extreme Rechte in den Fokus seiner Warnungen und Arbeit gerückt. Laut aktuellem LfV-Bericht verübt die extreme Rechte mehr als dreimal so viele politische Straftaten als alle anderen „Phänomenbereiche“ zusammen. Nach Zahlen des BKA gehen die aktuell jährlich 1.800 antisemitischen Straftaten zu über 90 % auf die extreme Rechte zurück.

Demgegenüber startete jüngst in Hessen eine Schulkampagne zur Aufklärung über die Bedrohung durch den „Linksextremismus“ in Form einer „Ausstellung bestehend aus 12 Plakaten und Arbeitsmaterial für den Unterricht, um das Thema Linksextremismus in der Schule zu behandeln“, welche durch die FDP-nahen Bildungsvereine und Medienunternehmen „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung“, „Eduversum“ und „Universum“ erstellt, beworben und vertrieben und dabei durch das Hessische Innenministerium gefördert wird.

Der Geschäftsführer sowohl von „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung“, als auch „Eduversum“ ist der zeitgleiche Aufsichtsrat des Medienkonzerns „Universum“, Michael J., wobei Verein und Unternehmen jeweils unter derselben Adresse in Wiesbaden firmieren. Der „FDP-Medienkonzern Universum“¹ ist zudem mit der Programmierung der Online-Plattform „aufgeklärt-statt-autonom.de“ beauftragt. Michael J. kommentierte die Doppelrolle von Verein und FDP-Unternehmen gegenüber der Presse vor einigen Jahren wie folgt: „Das ist doch kein Geheimnis. Es ist überall nachlesbar, etwa in Rechenschaftsberichten der FDP.“²

Laut Impressum³ wurde die Kampagne unter Mitarbeit von vier hessischen Behörden erstellt, dabei unter anderem durch die leitende Mitarbeiterin des Landesamtes für Verfassungsschutz Iris P., welche im NSU-Komplex als ehemalige Vorgesetzte des Andreas T. eine sehr zweifelhafte Rolle spielte, sowie durch die wegen eines rassistischen Vergleichs in den 1990er Jahren bekannt gebliebene „Bevölkerungswissenschaftlerin“ Charlotte H.⁴

Bis zum heutigen Tag wurde die genannte Kampagne nicht auf den entsprechenden Seiten des Landes Hessen, beispielsweise des beteiligten Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus, des Landesamtes für Verfassungsschutz oder des Kultusministeriums, verlinkt, sondern wird auf der kommerziellen Online-Plattform „Lehrer-online.de“ des FDP-Medienunternehmens „Eduversum“ mit dem Logo des Landes Hessen angeboten. Materialien zur extremen Rechten, Marktradikalismus oder zum Jihadismus finden sich auf „Lehrer-online.de“ nicht.

¹ Siehe SPIEGEL Online: „Seine Doppelrolle, die gelbe Unterwanderung des Vereins, der ökonomische Nutzen für die Partei - das alles ist für Jäger kein Problem: "Das ist doch kein Geheimnis. Es ist überall nachlesbar, etwa in Rechenschaftsberichten der FDP." <https://www.spiegel.de/spiegel/a-692880.html> Zum Konzerngeflecht siehe auch DIE TAZ: <https://taz.de/opt/bold-futures/taz-fdp/>

² Ebd.

³ <https://aufgeklärt-statt-autonom.de/impressum.html>, aufgerufen am 12.11.2019444

⁴ „In diesem stufte Höhn "die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger" ein "als die anderer" (...) Ein Höhn-Verteidiger in der deutschen Delegation machte alles noch schlimmer. Von der Statistik kommend: "Da gibt es ein paar Völker, bei denen das mit der niedrigeren Intelligenz zutrifft", sagte der Beamte Maaßen“, siehe: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13685900.html>, aufgerufen am 12.11.2019

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Ausschreibung, Gestaltung und Kosten der Kampagne
 - a) Welche Kosten sind insgesamt mit der Kampagne verbunden (z.B. Recherche, Aufbereitung, Konzeption, Gestaltung, Druck, Online-Präsenz, Versand, Koordination)?
 - b) In welcher Höhe hat sich das Land Hessen an den Kosten der Kampagne beteiligt und wie lange beteiligt es sich weiter daran?
 - c) Mit welchem Personaleinsatz (z.B. HlfV, HKE, HMB, HLPB) hat sich das Land Hessen an der Kampagne beteiligt und beteiligt sich wie lange weiter daran?
 - d) Mit welchen weiteren Ressourcen (z.B. Personal, Bildrechte, Daten, Schulversand, Flyer) hat sich das Land Hessen an der Kampagne beteiligt und beteiligt sich wie lange weiter daran?
 - e) Wurde ein Auftrag hierzu ausgeschrieben?
Wenn ja, wann, mit welchen Bewerbern und in welcher Höhe?
Wenn nein, wie kamen Auftrag und Kooperation zwischen Landesbehörden und den Vertragsnehmern zustande?
 - f) Wurde die Landeszentrale für politische Bildung als Kooperationspartner in Betracht gezogen und wenn nein, warum nicht?
 - g) Warum wird die vom Land Hessen unterstützte Kampagne bisher nicht auf den offiziellen Seiten des Landes Hessen, sondern auf denen des kommerziellen Anbieters „Eduversum“ angeboten?
 - h) Welche Bedeutung misst die Landesregierung aktuell der konkreten Gefährdung durch Linksextremismus bei, insbesondere im Vergleich zur hohen Anzahl von Straftaten, Bedrohungen und Terror im Bereich des Rechtsextremismus‘ sowie des Antisemitismus‘?
2. Kooperation mit FDP-nahen Medienunternehmen
 - a) Bestätigt die Landesregierung Medienberichte, wonach die Unternehmen „Eduversum“ und „Universum“ sich in wesentlichen Teilen im Besitz der FDP befinden und somit inhaltlich wie finanziell einem parteipolitischen Interesse unterliegen?
 - b) Welche weiteren Aufträge hat die Landesregierung an die Universum AG, Universum GmbH, Eduversum GmbH, ihre Vorgänger- oder Tochterunternehmen, sowie an die Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. seit 2010 vergeben?
 - c) An welche weiteren parteinahen oder mehrheitlich in Parteibesitz befindlichen Unternehmen hat die Landesregierung seit 2010 Aufträge vergeben oder ist mit diesen Kooperationen eingegangen?

Wiesbaden, 19. November 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Hermann Schaus